

## **Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Lebenslust Garmisch-Partenkirchen“ zu den Antworten auf die Themenkomplexe des Schwarzbuchs 2008**

### **Migration**

Die Förderung der Sprachkompetenz sehen alle Parteien und Kandidaten als wichtig an. Eine Förderung in den KiTas und Grundschulen findet nur punktuell mit 160 Stunden statt. Eine Erfolgskontrolle diesbezüglich ist nicht gegeben. Die Kommunen sind hierfür verantwortlich.

### **Jugend- und Sozialarbeit**

Wir vermissen konkretere Vorschläge und Vorstellungen dazu, wie die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sich in der nächsten Wahlperiode entwickeln soll.

Es ist erfreulich, dass die Bedeutung der Jugendsozialarbeit an Schulen Zuspruch erfährt. Von künftigem Landrat und Kreistagsfraktion hätten wir uns darüber hinaus zumindest die Umsetzung des Jugendhilfeplans erwartet, wenn nicht weiter gehende eigene Akzente in der Förderung von Jugend- und Sozialarbeit. Die Umsetzung der Vorschläge ist der richtige Weg. Bedarfe sehen wir bei Mittags- und Nachmittagsangeboten für die Schulen, der mobilen Jugendarbeit und weiterer Vernetzung von verbandlicher und offener Jugendarbeit.

### **Angebote und Einrichtungen für Familien, Frauen und Jugendliche**

Die Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist bei der Politik angekommen. Die Ausweisung von Wohngebieten oder die Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen findet fast nicht statt. Konkrete Ideen hierzu wurden nicht genannt.

### **Hilfen zur Erziehung**

Bei allen Parteien und Kandidaten ist das Bewusstsein gegeben, dass in die Kinderbetreuung und –förderung noch mehr getan werden muss. Ein verstärkter Personaleinsatz wird gefordert. Konkrete finanzielle Zusagen wurden keine gemacht.

### **Hilfen für Spätaussiedler und ausländische Mitbürger**

Die Notwendigkeit, zu qualifizieren ist „angekommen“. Modelle zum Dialog oder konkrete Angebote, wie z.B. Stadtteilstiftungen oder Sportveranstaltungen wurden nicht genannt.

### **Altenhilfe**

Die Arbeitsgemeinschaft Lebenslust vertritt die Position, dass es ein umfassendes, breites Spektrum von ambulanten, teilstationären und stationären Altenhilfeeinrichtungen geben muss. Die Überbetonung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ wird den individuellen Problem- und Bedürfnislagen ebenso wenig gerecht wie ein einseitiger Ausbau von Heimplätzen. Unserer Einschätzung nach handelt es sich bei neuen Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser um modellhafte Ergänzungen des

bestehenden Angebotes, die jedoch nur einen sehr begrenzten Teil der Pflegebedürftigen erreichen werden. Die oftmals genannten Tagespflegeeinrichtungen sind erstrebenswert, bergen für den Betreiber aber hohe wirtschaftliche Risiken. Deshalb gibt es kaum Angebote in diesem Bereich. Es ist eine spannende Frage, ob sich eine Kommune dieser Herausforderung stellen wird und in Eigenregie eine derartige Einrichtung betreibt oder diesen Bereich bezuschusst.

Von großer Bedeutung ist eine kompetente und differenzierte Beratung der Menschen im Alter und ihrer Angehöriger über die im Einzelfall angezeigten Unterstützungsmöglichkeiten. Diese Beratung und Begleitung wird auch in Zukunft Bestandteil der Arbeit der ambulanten und stationären Einrichtungen sein. Ob darüber hinaus eine ohne Zweifel sinnvolle unabhängige Beratung durch Pflegestützpunkte oder ein Seniorenzentrum möglich ist, wird von der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und der Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger abhängen, diesen Bereich zu finanzieren.

Generell teilen wir den Standpunkt des Landrats Harald Kühn, dass der vergleichsweise hohe Altersdurchschnitt der Landkreisbevölkerung nicht nur problematisch, sondern auch Chance ist. Die beachtliche Wirtschaftskraft vieler im Alter zugezogener Bewohner und ihre Lebenserfahrung sind eine Bereicherung für die Gemeinschaft.

### **Behindertenhilfe, Frühförderung**

Die Aussagen zur Frühförderung sind erfreulich, doch kein Kandidat/keine Partei geht auf die Frage ein, was die Politik zur Sicherung (außer der finanziellen, bei der aber das „Wie“ fehlt) der interdisziplinären Frühförderung beitragen sollte.

### **Palliativ- und Hospizversorgung**

Die generelle Wertschätzung für die Hospizarbeit ist zwar erfreulich, allerdings hat keine der Parteien im Blick, dass besonders in diesem Bereich die Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung eine aktuelle Herausforderung darstellt und dazu bereits gesetzliche Vorgaben in Kraft sind, die sowohl das Klinikum, als auch die verschiedenen ambulanten Bereiche zur professionellen Zusammenarbeit verpflichten

### **Gesundheit**

Die aktuelle ambulante und stationäre Versorgung ist sicher gut. Allerdings sollte die medizinische Versorgung für "Lieschen Müller" nicht in die Hinterhand geraten. Aussagen zur künftigen Gestaltung von Rahmenbedingungen sind kaum enthalten. Die psychische Gesundheit fehlt ganz. Konzepte zur Sicherung des Ärztenetzes werden nicht angeführt.

Dass der Rettungsdienst einschließlich Katastrophenschutz nur mit massiver ehrenamtlicher Aktivität funktioniert, wird wenig wahrgenommen, obwohl beides Aufgaben des Freistaates sind. Was helfen uns die besten Kliniken, wenn die Patienten nicht hinkommen? Das gilt sowohl für die Notfallrettung, als auch für einen funktionierenden Krankentransport, der aufgrund der Klinikspezialisierung und –Ausdünnung den Beförderungsbedarf zwischen den Kliniken abdecken muss.

## **Erwachsenenbildung**

Für uns ist überraschend, dass die beiden „C“-Parteien Bildung nicht mit Werten und Sinnorientierung verbinden, dieser Blick aber bei der SPD vorhanden ist. Ähnlich steht es um die Bedeutung von Bildung als Motor öffentlicher Diskurse und Meinungsbildungsprozesse, die nur von der SPD gesehen wird.

Zwischen beruflich nützlichem Wissen und der Pflege individueller Bildungsinteressen stehen Bildungsträger auch in der Pflicht und Herausforderung Menschen zu ermutigen, für sich und die Gesellschaft Verantwortung zu tragen. Dieses Angebot ist Teil der kulturellen Vielfalt und ist grundsätzlich auf öffentliche Förderung angewiesen – die Gemeinden stehen da ebenso in der Pflicht wie der Staat.

## **Ehrenamt**

Alle Kandidaten halten ehrenamtliche und freiwillige Arbeit für wichtig und wollen dieser mehr Anerkennung zu kommen lassen. Warum ehrenamtliches Engagement wichtig für unser Gemeinwesen ist, wird nicht näher bestimmt. Löblicherweise unterbleibt aber auch die Begründung, das Ehrenamt werde gebraucht, um Geld zu sparen. Letztlich bleiben alle Kandidaten bei der Konkretisierung dazu, mit welchen Zielen in welchen Feldern welche Dimensionen erreicht werden sollen, ziemlich an der Oberfläche. Die Absichten werden an den Taten zu messen sein. Klare Konzepte für langfristige Gestaltung aktivierender Rahmenbedingungen ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeiter werden dazu gehören müssen.

## **Wirtschaftsförderung und Wohnraumbereitstellung**

Bessere Nutzung vorhandener Flächen, Stärkung des Tourismus und gleichzeitig Ansiedlung sauberer Unternehmen: Ein Spagat auf drei Positionen mit nur „zwei Beinen“. Mutige Entscheidungen müssen gefällt werden und der von fast allen entdeckte Wirtschaftstraum, der nur gemeinsam zu entwickeln ist, auch geschaffen werden – wozu ja auch schon in der vergangenen Legislaturperiode Gelegenheit gewesen wäre. Erschreckt hat uns der unterschwellige Pessimismus, was eine Diversifizierung der produzierenden Betriebe angeht, der bei fast allen Kandidaten in den teureren Grundstückspreisen liegt. Aber könnte da nicht gerade *Wirtschaftsförderung* ansetzen?

Ähnlich bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Der Abbau von Sozialwohnungen, oder deren ausbleibende Sanierung (Werterhalt!), soll gestoppt werden. Bewährte (aber auch bezahlbare?) Modelle werden ins Feld geführt. Nur wenige haben Mut über völlig neue Wohnformen nachzudenken, die in unserem Landkreis, besonders im Kreisort, bei seiner speziellen demographischen Entwicklung übernommen und fortentwickelt werden könnten. Schließlich sind wir von der Altersstruktur schon dort, wo der Rest der Republik erst in 20 Jahren sein wird, und wir haben Menschen im Landkreis, die die Erfahrung und das wirtschaftliche Potential haben, solche Wohnformen durch Eigeninitiative zu verwirklichen.